

Ewiger Protest

Fünf Jahre nach dem Ausstiegsbeschluss geht ein Riss durch die Anti-Atom-Bewegung. Das Establishment will den schnellen Abriss, die Fundis wittern Gesundheitsgefahren.

Karsten Hinrichsen ist ein Rebell, der die Ordnung liebt. Der hagere Mann mit den zerzausten grauen Haaren sitzt in seinem Arbeitszimmer und wühlt sich durch unzählige Aktenordner und Notizen mit Aufschriften wie "Klageweg Brokdorf" oder "Rückbau Brunsbüttel". Er kramt nach Belegen für die unsichtbare Gefahr, die den Menschen in diesem Land noch immer durch die Kernkraft drohe. In seinem efebewachsenen Rotklinkerhaus unweit des AKW Brokdorf stehen die Ordner in meterlangen Reihen, und die werden noch immer länger. Denn für Hinrichsen ist auch nach dem Atomausstieg das Risiko nicht gebannt.

Es geht jetzt um die Beseitigung des atomaren Zeitalters, für Hinrichsen müsste das eigentlich ein Grund zur Genugtuung sein; er steht auf der Seite der Sieger. Verloren haben die Stromkonzerne, die einst Milliarden geschneidelt haben und jetzt gegen den Ruin kämpfen. Doch von Freude ist bei Hinrichsen nichts zu spüren. Im Gegenteil. Er wittert eine neue Gefahr, wenn die Kraftwerke wie in Brunsbüttel jetzt abgerissen werden. "Jede Form von Strahlung stellt eine Gefahr dar", sagt der 73-Jährige. "Unsere Enkelkinder werden strahlende Zahnsplangen mit sich herum-schleppen."

Der Umgang mit der atomaren Hinterlassenschaft spaltet die Anti-AKW-Bewegung. Auf der einen Seite steht das ökologische Establishment in Umweltverbänden und Länderministerien, das den nicht strahlenden Bauschutt aus den stillgelegten Reaktoren auf herkömmlichen Deponien entsorgen will.

Auf der anderen Seite stehen die Hinrichsens aus den regionalen Atomkraft-

Auf der anderen Seite stehen die Hinrichsens aus den regionalen Atomkraftnein-danke-Organisationen, die in jedem Stück Reaktorschutt ein mögliches Gesundheitsrisiko erkennen. Sie wollen das vermeintlich unbedenklich strahlende Material zumindest für eine bestimmte Zeit einschließen. Das Problem hat fünf Jahre nach der

Havarie von Fukushima und dem hastigen Ausstiegsbeschluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel an Dringlichkeit gewonnen. Die AKW-Betreiber haben seitdem viele Anträge auf Stilllegung und Abriss gestellt, im Juli etwa EnBW für die noch laufenden Meiler in Philippsburg und Neckarwestheim in Baden-Württemberg. Auch für den Rückbau des AKW Brunsbüttel läuft das Genehmigungsverfahren. Andere Werke wie der Reaktor in Stade werden schon seit Jahren demontiert.

Der Streit um den dabei entstehenden Abraum beschäftigt vor allem jene Partei, die einst aus Bürgerinitiativen wie denen in Gorleben oder Grohnde her-

vorgegangen ist: die Grünen. Auch das ist eine Ironie der Geschichte. Robert Habeck, Schleswig-Holsteins Umweltminister, verantwortet den Abbruch von gleich vier Atomanlagen, unter anderem in Brokdorf. Als Erstes steht der Reaktor in Brunsbüttel an, er ist schon seit 2007 abgeschaltet. Habecks wichtigstes Hilfsmittel dabei ist Paragraph 29 der Strahlenschutzverordnung, 2001 novelliert vom Umweltministerium der rot-grünen Bundesregierung. Er legt fest, dass Reaktorschutt deponiert werden darf, wenn die zusätzliche jährliche Strahlenbelastung zehn Mikrosievert pro Person nicht übersteigt.

"Das war ein Geschenk Jürgen Trittins an die AKW-Betreiber, damit der Rückbau nicht zu teuer wird", sagt Hinrichsen. "Aber die zusätzlichen zehn Mikrosievert sind eine Gefahr für die Menschen. Es droht die radioaktive Verseuchung von Grundwasser, Trinkwasser und der Nahrungskette."

In Schleswig-Holstein geht es um rund 35 000 Tonnen Abfälle wie Bauschutt

In Schleswig-Holstein geht es um rund 35 000 Tonnen Abfälle wie Bauschutt oder Dämmmaterialien, rechnet das schleswig-holsteinische Energiewendeministerium vor. Ressortchef Habeck plant, den Müll auf sieben Deponien in Schleswig-Holstein zu verklappen.

Doch dagegen leisten Bürgerinitiativen

in Gegenden wie Schönwohld oder Harrislee erbittert Widerstand. Ähnliche Konflikte gab es im benachbarten Niedersachsen, nachdem, von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt, mehr als hundert Tonnen Bauschutt aus Stade auf einer Deponie in Schneverdingen gelandet waren.

Der Riss durch die Anti-AKW-Bewegung hat längst auch die Umweltverbände erreicht. Im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) lehnen einige die Zehn-Mikrosievert-Grenze ab, andere finden es richtig, große Teile des AKW-Schrotts nicht wie Sondermüll zu behandeln. Bereits 2001 stellte sich die Bundesgeschäfts-

stelle gegen den Schwellenwert; der Landesverband Schleswig-Holstein hingegen zeigt sich grundsätzlich gesprächsbereit: "Wir wünschen einen raschen Rückbau von Brunsbüttel und sind gewillt, uns mit allen Beteiligten zusammensetzen, um in einen Dialog zu dessen Umsetzung zu kommen", sagt Landesgeschäftsführer Ole Eggers.

Seine Gegenspieler residieren in einem Altbau im Hamburger Stadtteil Hamm. Dort befinden sich die Büroräume des Vereins "ausgestrahlt". Geschäftsführer Jochen Stay sagt: "Das radioaktive Material muss erst einmal in den Atomkraftwerken verbleiben." Es sei falsch, es auf Deponien zu kippen, nur weil von ihnen vermeintlich wenig Gefahr ausgeht. Stay misstraut der Art und Weise, wie das AKW-Gerümpel "freigemessen" wird, er vermutet, dass stärker strahlende Flächen übersehen werden: "Es gibt keine ungefährliche Strahlung", sagt er.

Stay und seine Organisation haben sich entschlossen, weiter Fundamentaloppo-

Stay und seine Organisation haben sich entschlossen, weiter Fundamentalopposition zu betreiben. Als vor zwei Jahren eine Kommission eingesetzt wurde, die nach Kriterien für ein Atommüll-Endlager suchen sollte, hielten sich die Hamburger AKW-Gegner zurück. "Wir wollten nicht das grüne Feigenblatt sein", sagt Stay. Auch Greenpeace blieb dem

Gremium fern.

Andere AKW-Gegner treten für den schnellen Abriss ein, Gerhard und Bettina Boll aus Geesthacht zum Beispiel. Mehr als drei Jahrzehnte lang kämpfte das Ehepaar gegen das AKW Krümmel. Neulich machte es sich selbst ein Bild von den Vorbereitungen des Rückbaus. Von der Zerlegung und Dekontamination der alten Turbine sei sie durchaus beeindruckt gewesen, sagt Bettina Boll. "Es gibt weitaus wichtigere Probleme als die Zehn-Mikrosievert-Grenze oder die Deponielagerung leicht strahlenden Materials." Es sei "irre, wie manche nun reagieren". Man müsse sich auf das Wesentliche konzentrieren, und das heiÙe, dass der Rückbau in einem solchen Umfang erfolge, dass "der Ausstieg unumkehrbar ist". Niemand bekommt die Fehde in der Anti-AKW-Bewegung derzeit so schmerzlich zu spüren wie der Umweltminister von Schleswig-Holstein. Auf

einer Informationsveranstaltung stellte sich Ressortchef Habeck kürzlich einem Plenum aus Atomkraftgegnern.

Früher wäre das ein Heimspiel gewesen für den grünen Minister, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Reaktorflächen wieder in "grüne Wiesen" zu verwandeln. Jetzt spotten seine Gegner hinter vorgehaltener Hand, Habeck klinge wie Helmut Kohl, der den Ostdeutschen nach der Vereinigung "blühende Landschaften" versprach.

Als Habeck gegen Ende der Veranstaltung "von der Unumkehrbarkeit der Deponielagerung" spricht, kippt die Stimmung. Zahlreiche Zwischenrufer unterbrechen ihn und bringen eine zentrale Deponie nach französischem Vorbild ins Spiel. Manche fordern gar den sicheren Einschluss des radioaktiven Materials.

Habeck hat Mühe, mit seinen Argumenten durchzudringen. Es gehe nicht um Atom-, sondern um Industiemüll,

der nach den gesetzlichen Standards behandelt werde, sagt er. Heute gebe es noch das Geld, das Fachwissen und das Personal für den Rückbau; wer wisse schon, wie das in 30 oder 50 Jahren aussehe.

Deponiegegner Hinrichsen beeindrucken solche Argumente wenig. Er steht am AKW Brokdorf, vor dem mit Stacheldraht gesäumten Zaun und dem Wassergraben, den sie einst gegen Leute wie ihn angelegt hatten. Er schaut zur runden, weißen Kuppel des Druckwasserreaktors, der voraussichtlich bis 2021 laufen wird. Früher kämpfte er dafür, den Meiler stillzulegen. Jetzt will er, dass die Betonhülle möglichst nicht angetastet wird. "Eigentlich", sagt er, "ist es doch ein schöner Bau."

Niemand bekommt die Fehde in der Anti-AKW-Bewegung so zu spüren wie der Umweltminister.

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH